

Strache (2): Führerscheinausbildung liberalisieren - Führerschein muß leistbar werden!

Utl.: Ziel soll die Integration der theoretischen Fahrschulausbildung
als Freifach an den öffentlichen Bildungseinrichtungen sein. =

Wien, 09-09-2005 (fpd) - Eine Fahrerlaubnis zu besitzen ist heute für die meisten Menschen so selbstverständlich wie die Fahrt mit dem eigenen PKW. Vielfach wird in den Ausschreibungsunterlagen bei der Jobsuche auch der Führerschein zumindest der Klasse B verlangt. Die Kosten der Ausbildung zum Führerschein sind in den letzten Jahren jedoch massiv gestiegen. Kostete im Jahr 1993 die Ausbildung zum Führerschein der Klasse B in Wien noch rund 10.000 Schilling, so müsse man mittlerweile rund 1500 Euro bezahlen, so heute FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache.

Die Reform der Schulausbildung, die ja in den vergangenen Monaten diskutiert wurde, könnte auch dazu dienen, die Ausbildung für den B-Führerschein in die Schulausbildung zu integrieren. Jede Schule - AHS, BHS, Berufsschule etc.- verfüge bereits jetzt für die einzelnen Unterrichtsfächer, in denen die Auszubildenden unterrichtet werden, über einen festgelegten Ausbildungsplan. Dieser schreibt für die einzelnen Ausbildungsfächer und Jahrgänge den Inhalt und den Umfang des Unterrichts vor. Dies sollte auch für den theoretischen Teil der Fahrerlaubnis gelten.

Die Schulen sollten den Unterricht und die Ausbildung zum Erwerb der Fahrerlaubnis für ihre Schüler im Rahmen eines fakultativen Zusatzfachs ermöglichen, wodurch sie einen Beitrag für die bessere Einsatzmöglichkeit ihrer Absolventen leisten, da das Steuern eines Kraftfahrzeuges in der heutigen Zeit zu den grundlegenden Fertigkeiten gehört, die in den meisten Anstellungen quasi verlangt werden.

Die Schule selbst sollte unter Erfüllung der durch ein neues Gesetz festgelegten Bedingungen zum Betreiben einer Fahrschule berechtigt werden. Dabei sollte geregelt sein, daß Fahrlehrer mit den öffentlichen Bildungseinrichtungen eng kooperieren und als Teil der schulischen Einrichtung gesehen werden. Sofern die Schule über keine Berechtigung zum Betreiben einer Fahrschule verfügt und dies auch in Zukunft nicht anstrebt, könnte sie eine berechnete Fahrschule

vertraglich zur Durchführung des Unterrichts und der Ausbildung ihrer Auszubildenden binden.

Die Kosten für Prüfung und Fahrstunden hätten zwar weiterhin die Fahrschüler zu tragen, diese würden jedoch rapide sinken, da die gesamte Infrastruktur wegfallen und sich dadurch erheblich Kosten einsparen lassen. Diese Idee, so Strache, könnte in weiterer Folge zur vollständigen Liberalisierung des Marktes führen und die Quasi Monopolstellung der Fahrschulen beenden. Auch die Autofahrerklubs wie etwa ÖAMTC und ARBÖ könnten in weiterer Folge Kurse für die Ausbildung zum Führerschein übernehmen, so Strache abschließend.
(Schluß) jen

Rückfragehinweis:

Klub der Freiheitlichen

Pressestelle

Tel.: (01) 4000 / 81 798

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0158 2005-09-09/12:34

091234 Sep 05

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20050909_OTS0158